

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



© WCC/LWF Noack

Demonstrationsteilnehmer der „Youth for Eco-Justice“ (Jugend für Ökogerechtigkeit) in Durban/Südafrika verlangen für die Folgen des Klimawandels die Durchsetzung des Verursacherprinzips

Weltweite ökumenische Zusammenschlüsse: Priorität für Klimagerechtigkeit

Mit der Forderung, die Klimagerechtigkeit mit Priorität zu behandeln antworteten der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK), der Lutherische Weltbund (LWB) und das globale ökumenische Bündnis für Entwicklungshilfe und humanitäre Arbeit, „Action by Churches Together“ (ACT), auf Präsident Donald Trumps Dekret zum Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Sie äußerten ihre tiefe Bestürzung über diese Entwicklung, die sich gegen alle globalen Verpflichtungen zur Bekämpfung des Klimawandels wendet.

Auch auf dem Mitte Juli zu Ende gegangenen „Hochrangigen Politischen Forum“ (HLPF) in New York, dem zentralen Forum zur Umsetzungskontrolle der SDGs, sahen sich Aktivisten der Zivilgesellschaft zu Kritik veranlasst an der Untätigkeit der Regierungen und den sich verschlechternden Bedingungen, die die Umsetzung der 2030-Agenda auf nationaler Ebene verzögern.

Die drei glaubensbasierten Organisationen haben ihrerseits einen aktiven Beitrag zum Pariser Abkommen geleistet.

„Der Kampf gegen den Klimawandel ist gleichbedeutend mit dem Schutz von Menschen, Arbeitsplätzen und Volkswirtschaften weltweit. Der LWB wird sich weiterhin für die Förderung der Klimagerechtigkeit als Thema der generationenübergreifenden Gerechtigkeit in der Überzeugung einsetzen, dass die Schöpfung für Geld nicht zu haben ist“, sagt Martin Junge vom LWB.

Bei weltweit weiter steigenden Temperaturen ist damit zu rechnen, dass schwere Überschwemmungen, Dürrekatastrophen und schwerste Stürme an der Tagesordnung sein werden. Die ohnehin in prekären Verhältnissen lebenden Menschen werden davon am schlimmsten betroffen sein.

Die ärmsten Länder werden zweifach benachteiligt – zum einen durch die Weigerung der USA, ihre CO₂-Emissionen zu verringern, zum anderen müssen sie die Folgen der geplanten Kürzung von Mitteln tragen, die ärmeren Ländern bei der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und beim Übergang zu sauberen Energieträgern helfen sollten.

Die Umsetzung des Pariser Abkommens ist die einzige Möglichkeit für die Menschheit, die Drohung einer globalen Erwärmung noch im Schach zu halten.

AUS DEM INHALT

Reformation ökologisch weiterdenken:
Pilgerreise des Friedens und der Gerechtigkeit – mit der Erde

CO₂-Wende:
Sechs Meilensteine bis 2020

Brasilien:
Präsident verweigert Indigenen Landrechte

Regenwaldinitiative:
Interreligiöse Unterstützung in Oslo

Indien:
Gewalt gegen religiöse Minderheiten

Ägypten:
Das Kreuz ohne Furcht tragen

Korea:
Sofortige Gespräche verlangt

Aus Netzen und Bewegungen

Oekumenisches Netz in Deutschland:
Ratschlag in Berlin

Rhein-Mosel-Saar:
Im Kapitalismus gegen den Kapitalismus

Netzwerk Friedenssteuer:
Wahlprüfsteine der Zivilgesellschaft

Kairos Europa:
Fluchtursachen bekämpfen

Asyl in der Kirche:
Orientierung an Menschenrechten

Ohne Rüstung leben:
Wende bei Heckler & Koch –
Neue Strategie?

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden:
Magdeburger Friedensmanifest

CO₂-Wende: Sechs Meilensteine bis 2020

Die Welt braucht Hochgeschwindigkeits-Handeln, um den globalen Ausstoß von Treibhausgasen zu senken und unser Klima zu stabilisieren, erklären mehr als 60 führende Experten. Wird das Verfeuern fossiler Brennstoffe rasch reduziert, können verheerende Hitze-Extreme und der Anstieg des Meeresspiegels wirksam begrenzt werden, schreiben die Fachleute in einem Kommentar in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Nature“. Sie benennen sechs Meilensteine für eine saubere industrielle Revolution. Dieser Aufruf zu starken kurzfristigen Maßnahmen ist das ergänzende Stück zum langfristigen Ansatz des „Carbon Law“, den einige der Autoren – darunter der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber – im Journal „Science“ veröffentlicht haben. Zusammen zeigen sie den Weg in die Dekarbonisierung auf.

„Wir stehen kurz davor, die Wende in der Kurve der Treibhausgas-Emissionen bis 2020 hinbekommen zu können – so wie es die Wissenschaft rät, um die UN-Nachhaltigkeitsziele zu schützen, zu denen vor allem auch die Ausrottung extremer Armut gehört“, sagt Christiana Figueres, Leitautorin des Nature-Kommentars und frühere Chefin der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). „Diese monumentale Herausforderung fällt zusammen mit einer noch nie dagewesenen Bereitschaft, sich selbst Ziele zu setzen; auf der Ebene der Regionalregierungen in den USA, der Regierungen auf allen Ebenen außerhalb der USA, und dem privaten Sektor. Diese Chance für die nächsten drei Jahre ist historisch einmalig.“ Figueres führt die „Mission 2020“ an, eine breite Kampagne, die sich dafür stark macht, Kohlendioxid-Emissionen ab 2020 zum Sinken zu bringen.

Große Transformation zur Nachhaltigkeit

Die Autoren sind zuversichtlich, dass sowohl der technologische Fortschritt als auch das politische Momentum einen Punkt erreicht haben, der den Beginn der „großen Transformation zur Nachhaltigkeit“ ermöglicht.

Die jüngste Forschung zeigt: Wenn wir das Verringern der CO₂-Emissionen bis in die Zeit deutlich nach 2020 verzögern, dann wird es schwer, den weltweiten Anstieg der Temperaturen auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. Ein Überschreiten dieser Grenze ist riskant, weil eine Reihe von Kippelementen im Erdsystem, etwa die großen Eisschilde, dann destabilisiert werden könnten.

„Wir sind in den vergangenen hundert Jahren gesegnet gewesen mit einem bemerkenswert widerstandsfähigen Planeten, der einen Großteil unserer Klimasünden noch verkraften konnte“, sagt Johan Rockström



Photo: Francesco Sforza/Vatican

Anlässlich einer Konsultation der gemeinsamen Arbeitsgruppe des OeRK mit dem Päpstlichen Rat für Einheit auf Einladung von Kardinal Kurt Koch fand am 24. August eine Begegnung mit Papst Franziskus statt. An ihr nahmen OeRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit und die Zentrallausschussvorsitzende Agnes Abuom (rechts im Bild) teil. Für 2018 sollen Möglichkeiten für ein weiteres Treffen erkundet werden.

vom Stockholm Resilience Centre und Ko-Autor des Kommentars in Nature. „Jetzt erreichen wir das Ende dieser Ära und müssen die globale Emissionskurve unverzüglich nach unten biegen, um die größten Auswirkungen auf unsere moderne Welt noch zu verhindern.“

Tatsächlich kommt ein gesellschaftlicher Kippunkt in Sicht, so zeigen die Experten. Die Energieerzeugung aus Wind und Sonne boomt bereits. In Europa zum Beispiel beruhen 2016 drei Viertel des Zubaus an Energiekapazitäten auf den Erneuerbaren. China baut sehr schnell ein nationales System für den Emissionshandel auf. Zugleich werden Finanzmarkt-Akteure wie BlackRock und Vanguard aus den USA gegenüber fossilen Investitionen zunehmend vorsichtig.

Die sechs Meilensteine der Experten für 2020 reichen vom Energiesektor (Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren an der globalen Stromversorgung auf 30 Prozent und Ausstieg aus allen Kohlekraftwerken) bis hin zum Transportsektor (Erhöhung des Marktanteils der Elektrofahrzeuge an den Neuwagenverkäufen auf 15 Prozent weltweit, gegenwärtig beträgt er grob ein Prozent) und zum Finanzsektor (Mobilisierung von jährlich einer Billion US-Dollar für Klimaschutz); dazu ein Umsteuern in der Landnutzung, der Landwirtschaft und der Schwerindustrie.

„Die Klima-Mathematik ist brutal klar: Die Welt kann zwar nicht innerhalb von wenigen Jahren geheilt werden, aber wenn wir nichts tun, dann können wir sie durch Fahrlässigkeit bereits bis 2020 tödlich verwunden“, sagt Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut. Entschlossenes Handeln bis 2020 sei unerlässlich. In jedem Jahrzehnt müssten die CO₂-Emissionen halbiert werden. So wie das legendäre „Moore’s law“, demzufolge sich die Rechenkraft von Computerprozessoren ungefähr alle zwei Jahre verdoppelt, könne das „carbon law“

eine sich selbst erfüllende Prophezeiung sein, die Innovation und Marktkräfte mobilisiert, hofft Schellnhuber.

(vgl. Christiana Figueres, Hans Joachim Schellnhuber, Gail Whiteman, Johan Rockström, Anthony Hobley, Stefan Rahmstorf (2017): Three years to safeguard our climate. Nature)

Reformation ökologisch weiterdenken: Pilgerreise des Friedens und der Gerechtigkeit – mit der Erde

Theologische Gedanken zu einer ökologischen Reformation stellte Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des OeRK, auf einer Tagung in Hofgeismar am 14. Juni 2017 vor. Er führte aus: „Wenn wir von einer Pilgerreise des Friedens und der Gerechtigkeit sprechen, dann müssen wir uns fragen, wie eine solche Freundschaft nicht nur Verantwortung für die Erde ausdrücken kann, sondern Liebe zur Erde. Ist es an der Zeit das größte und Doppelgebot in einer erweiterten Fassung zu lesen, um zu sehen was es wirklich besagt?“

Diese Fragen riefen komplexe Antwortversuche seitens der Tagungsteilnehmer hervor.

Tveit fuhr fort: „Manchmal sollten wir vielleicht lesen: „Du sollst den Herrn Deinen Gott mit Deinem ganzen Herzen und Deiner ganzen Seele und Deinem ganzen Verstand lieben ... Du sollst Deinen Mitmenschen wie Dich selbst lieben.“ (Matthäus 22,37ff). Und vielleicht sollten wir in unseren Gedanken hinzufügen: Du sollst die Natur und deinen Mitmenschen wie Dich selbst lieben? Wir sollten fragen: Wie kannst Du Gott lieben und gegen den Schöpfergeist vorgehen, oder gar die Schöpfung Gottes nicht respektieren und sogar zerstören? Wie ist es möglich Deinen Mitmenschen zu lieben (Deine Kinder, die Menschen, die heute unter den Klimaveränderungen und Umweltverschmutzung

leiden, und nicht weniger die, die nach Dir auf diesen Planeten Erde kommen) wenn Du nicht die Erde liebst?“

In der biblischen Überlieferung lasse sich das menschliche Wohlergehen nicht vom ökologischen Wohlergehen trennen. Sie zielen auf die Wiederherstellung von richtigen Beziehungen zwischen den Menschen, als auch zwischen den Menschen und dem Rest der geschaffenen Ordnung.

Es sei schwierig zu ergründen, wie im 21. Jahrhundert, am Höhepunkt des Weltwohlstands und der technologischen Errungenschaften, Kinder immer noch an Hunger sterben. Doch aufmerken lasse, dass am vergangenen 21. Mai der OeRK mit anderen ökumenischen Partnern zu einem Globalen Tag des Gebets zur Beendigung der Hungersnot angeleitet habe. „Dies wurde tatsächlich zu einer neuen Erfahrung und zeigte, welches Potential die Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens hat, uns zusammenzuführen, während wir die Bedürfnisse unseres Nächsten und der Welt zusammen ansprechen. Glaubt mir: 70 Millionen Menschen haben die Webseite aufgerufen!“

Zusammenhang mit der Reformation

In diesem Jahr können 500 Jahre der Reformation gefeiert werden. Der Theologe Larry Rasmussen, selbst bei der Tagung anwesend, habe aus diesem Anlass nach einer ökologischen Reformation gerufen. Er sehe es als wesentlich an, dass die Förderung einer Umwelt- und Klimagerechtigkeit eine Wirtschaft hervorbringt, welche das Gemeinwohl auf solch eine Weise fördert, dass „die Primärgüter der Gemeinschaft – Land, Luft, Feuer, Wasser, Licht – Voraussetzungen eines geteilten Guts sind, eines Guts sowohl für die gegenwärtigen als auch zukünftigen Generationen der Menschheit und Mitgeschöpfe.“

Der OeRK -Generalsekretär fuhr fort: „Als ich aufgefordert wurde zum Jubiläum der Reformation aus einer ökumenischen Perspektive heraus darüber zu reflektieren, konzentrierte ich mich auf die erste der 95 Thesen Martin Luthers gegen Missbräuche: „Da unser Herr und Meister Jesus Christus spricht „Tut Buße“, hat er gewollt, dass das ganze Leben der Gläubigen Buße sein soll.“ (Mt 4,17) Tveit verwies auf die Wirklichkeit der Sünde durch Geld, Macht, Ignoranz, selbstgerechte Frömmigkeit, Kirchendoktrinen, Behörden oder andere Weisen. Es gebe keine Möglichkeit, die Reue, Umwandlung und Erneuerung des Lebens zu umgehen. „Buße ist der Weg Gerechtigkeit durch Gnade zu erfahren und von den Fesseln der Sünde befreit zu werden. Reue führt zu einer Umwandlung, die alle Dimensionen unserer Identität umfasst und zu transformatorischem Handeln motiviert. Ihr Horizont ist die Erneuerung des Lebens in Tod und Auferstehung Christi und das Geschenk des Heiligen Geistes. Luther argumentiert, dass

der Begriff der Buße nicht eine einmalige Handlung oder ein einmaliges Wort ist. Es ist ein Verhalten – eine Art des Seins, die Aufmerksamkeit gegenüber einer kritischen Stimme, ein Verständnis der Dimensionen der Tragödie und die Bereitschaft die Wirklichkeit dessen, was falsch ist, anzuerkennen. ... Wirkliche Buße bedeutet eine wahre Rechenschaftspflicht unserer Vergangenheit gegenüber, als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, in den Kirchen und als Völker.“

Richtiger Wandel

Tveit erinnerte daran, dass einige Erdteile und Menschengruppen mehr Ressourcen verbraucht und unserem Planeten mehr Schaden zugefügt haben als andere.

Der Übergang zu einer klimagerechten, lebensbejahenden Wirtschaft werde auch aus diesem Grund keine entspannende Reise sein. „Zweifelsohne wird der Weg lang und mühsam sein. Und auf dem Weg werden einige von uns materielle Privilegien, langgegläubte Ideologien und festgefahrene Systeme aufgeben und hinter sich lassen müssen, die einer Minderheit der Elite gedient haben. Pilgerreisen sind nie bequem.“

Auf der individuellen wie auf der systemischen Ebene seien Konsequenzen nötig. Wir müssten ökologisch-zerstörerische Tatformen aufgeben und stattdessen in saubere, erneuerbare Energiesysteme investieren und die Elastizität unserer Gemeinschaften vergrößern. Zu den nötigen Schritten gehören Veränderungen an unseren Produktions-, Vertriebs- und Konsummustern. Es gelte, die Obsession unserer Gesellschaft für materiellen Wohlstand und wirtschaftlichen Wachstum herauszufordern.

Der Übergang könne nicht auf kontextlosen Prinzipien der Gleichheit basieren, sondern auf globaler Ebene und innerhalb der Rahmenbedingungen der internationalen Klimavereinbarung, die 2015 in Paris geschmiedet wurde, beinhalte ein „gerechter Übergang“ eine erweiterte, transparente und nachhaltige finanzielle Unterstützung der verarmten und verletzlichen Nationen durch Regierungen von wohlhabenden Nationen.

Aber wir müssten auch auf nationaler und lokaler Ebene handeln. Auf nationaler Ebene würde ein „gerechter Übergang“ bedeuten, „den Schutz der Menschen zu fordern, die aktuell und in der Zukunft von dem dringenden Bedürfnis der Emissionsreduzierung und Anpassung an den Klimawandel am meisten betroffen sein werden. Es würde bedeuten, Unternehmen für schädigende Verschmutzung zur Rechenschaft zu ziehen, um sicherzustellen, dass sie ihre Schäden beseitigen und ihre Opfer entschädigen. Es würde auch bedeuten die Lebensgrundlagen der Menschen zu unterstützen, indem angemessene Schulungen und Ausbildungen für „freigesetzte“ Arbeitskräfte angeboten würden und durch die Sicherstellung, dass jeder

wirtschaftlicher Gewinn aus aufblühenden erneuerbaren Energien direkt den Gemeinden zu Gute kommt, anstatt von großen Konzernen abgefangen zu werden.

Zusammensein auf dem Weg mit Hoffnung

Die Pilgerreise der Öko-Gerechtigkeit und des Friedens mit der Erde werde von einer Hoffnung für die Geburt einer neuen Erde getragen. Für uns gehe es darum, „um eine Veränderung des Lebensstils, der persönlichen Verhaltensweisen und Verhaltensweisen der Gemeinschaft und Werte auszurichten auf die dringenden Veränderungen der Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsinstitutionen und Wirtschaftsparadigmen.“

Am Ende sagte Tveit: „Wir bewegen uns in einer gebrochenen, polarisierten Welt, aber mit Hoffnung und auch einer tiefgreifenden Verpflichtung, um für die Einheit zu arbeiten, für die wir geschaffen wurden und die Einheit, für die wir durch die Kreuzigung und die Auferstehung unseres Herrn Jesus Christus errettet wurden.“

Brasilien: Präsident verweigert Indigenen Landrechte

Der brasilianische Präsident Michel Temer hat ein kontroverses Rechtsgutachten akzeptiert, das Indigenen das Recht auf ihr Land verweigert und dieses damit in das offizielle Gesetzgebungsverfahren eingespeist. Das Gutachten sieht vor, dass Indigene kein Recht auf ihr Land haben, wenn sie dieses nicht schon bei Inkrafttreten der Verfassung im Oktober 1988 bewohnten. Mit diesem Gutachten würden nach Meinung von Fachleuten mehr als 90 Prozent der mehr als 700 Fälle von derzeitiger Grenzziehungen indigener Gebiete in Brasilien illegal.

Das Gutachten widerspricht der Verfassung, in der unmissverständlich festgelegt ist, dass ausschließlich Indigene das Recht haben, ein Gebiet zu besiedeln und zu bearbeiten, das sie ja lange vor der europäischen Kolonisation des Landes bewohnten. Hochrangige Juristen weisen darauf hin, dass dies nur ein Gutachten sei, keinen legalen Status besäße und dazu verfassungswidrig sei.

Die Entscheidung Temers ist vor dem Hintergrund der Abstimmung im brasilianischen Kongress zu sehen, bei dem es im August darum ging, ob der Korruptionsanklage gegen Präsident Temer stattgegeben wird. Die Mehrheit der Abgeordnetenkammer stimmte zwar für ein Verfahren, doch die für die Einleitung des Verfahrens nötige Zwei-Drittel-Mehrheit (342 von 513 Abgeordneten) wurde nicht erreicht. Beobachter gingen davon aus, dass der Präsident im Vorfeld versuche, die Unterstützung unter den Parlamentariern zu sichern, von denen viele eine direkte Verbindung zu Brasiliens mächtigem anti-

indigenem Agrobusiness-Sektor haben oder diesen vertreten.

Viele in diesem Wirtschaftssektor, besonders im Süden des Landes und in den zentralen Staaten, halten indigene Gebiete besetzt und profitieren weiterhin von der Vertreibung der Besitzer und Besitzerinnen.

Indigene Organisationen und Nichtregierungsorganisationen in Brasilien verurteilten das Gutachten und riefen das Büro des Öffentlichen Staatsanwalts dazu auf, dieses auszusetzen.

Regenwaldinitiative: Interreligiöse Unterstützung in Oslo

Religiöse und indigene Führungspersonen aus allen Teilen der Welt haben in Oslo eine Initiative auf den Weg gebracht, die aus ihrer Sicht die nötige moralische Aufmerksamkeit und spirituelle Verpflichtung fördern wird, damit weltweite Anstrengungen zur Bekämpfung der Abholzung und zum Schutz der tropischen Regenwälder verstärkt werden. Diese Wälder spielen eine essentielle Rolle für menschliches Leben, das Wohlergehen des Planeten und für die Reduzierung von Emissionen, die den Klimawandel anheizen. Es ist das erste Mal, dass führende VertreterInnen einer großen Bandbreite von Religionen mit indigenen Völkern Hand in Hand zusammenarbeiten, die beim Schutz des Regenwaldes die wichtigste Rolle spielen. Auf diese Weise wollen sie Gläubige weltweit dazu bringen, sich aktiv für die Regenwälder einzusetzen. Auch König Harald V. von Norwegen nahm an der Versammlung teil.

Tropische Regenwälder in Südamerika, im subsaharischen Afrika und in Asien schrumpfen rapide aufgrund von Palmölplantagen, Viehzucht, Anbauflächen für Soja und andere Nutzpflanzen, und ausufernden und häufig illegalen Bergbau- und Abholzungsaktivitäten. Jedes Jahr geht so eine Fläche in der Größe von Österreich verloren.

Da die Regenwälder Milliarden Tonnen Kohlenstoff speichern können, gilt ihr Schutz als wesentliche Maßnahme, um den Klimawandel einzudämmen. Viele Klimaexperten weisen darauf hin, dass Wälder die einzig bewiesene Methode sind, um große Mengen zu binden. Somit könnten durch ihren Schutz die Kohlenstoffemissionen im Rahmen gehalten werden. Tropische Wälder versorgen außerdem 1,6 Milliarden Menschen mit Wasser, Nahrung und Einkommen. Abgesehen von den Ozeanen enthalten sie die größte Artenvielfalt der Erde und helfen sowohl lokal als auch global bei der Regulation von Regenfällen und Temperatur.

Einberufen wurde die Gruppe u.a. von der norwegischen Internationalen Klima- und Waldinitiative und dem OeRK. Für 2018 wird ein weltweiter interreligiöser Regenwaldgipfel erwartet.

UNO:

Abkommen zur Abschaffung von Atomwaffen angenommen

Auf einer Konferenz der Vereinten Nationen am 7. Juli 2017 in New York haben die anwesenden Staaten ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen angenommen. Es ist das erste multilaterale, rechtlich bindende Instrument zum nuklearen Rüstungsabbau, das seit 20 Jahren ausgehandelt werden konnte.

Das Abkommen, das mit 122 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme (Niederlande) sowie einer Enthaltung (Singapur) angenommen wurde, verbietet bereits im Artikel 1 eine Vielzahl von atomwaffenspezifischen Anwendungen, wie das Entwickeln, Testen, Produzieren, Aufbereiten, den Erwerb, Besitz und das Deponieren von Atomwaffen oder anderer nuklearer explosiver Stoffe sowie die Anwendung oder Drohung der Anwendung dieser Waffen.

„Wir sind bewegt, weil wir endlich auf die Hoffnungen und Träume der jetzigen und zukünftigen Generationen antworten“, sagte die Botschafterin von Costa Rica, Elayne Whyte Gómez, die als Präsidentin der Konferenz fungierte, die das Abkommen nach Erteilung des Mandats durch die UNO-Generalversammlung verhandelt hatte. Die Welt sei jetzt einer vollständigen Abschaffung von Atomwaffen einen Schritt näher gekommen.

Das Abkommen liegt ab dem 20. September 2017 für alle Staaten im New Yorker UNO-Hauptquartier bereit zur Unterzeichnung und wird bei Ratifizierung durch mehr als 50 Staaten nach 90 Tagen rechtskräftig.

Den Verhandlungen sind allerdings eine Vielzahl von Staaten ferngeblieben, darunter die Vereinigten Staaten, Russland und andere Staaten mit Atomwaffen sowie ihrer Verbündeten. Nordkorea nahm ebenfalls nicht an den Gesprächen teil.

In einer gemeinsamen Presseerklärung verdeutlichten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, dass sie „nicht an den Verhandlungen zum Abkommen teilgenommen haben ... und nicht beabsichtigen, dieses zu unterzeichnen, zu ratifizieren oder je Teil davon zu werden ...“

Weiterhin heißt es: „Diese Initiative missachtet offenkundig die Realitäten der internationalen Sicherheitslage. Ein Beitritt zum Abkommen ist nicht mit der Abschreckungspolitik vereinbar, die seit über 70 Jahren entscheidend für den Frieden in Europa und Nordasien war.“

Angesprochen auf die Fragen zur gemeinsamen Erklärung erinnerte Whyte Gómez daran, dass der „Nukleare Nichtverbreitungsvertrag“ (NVV) bei seiner Annahme vor Jahrzehnten keine große Zahl von Befürwortern hatte. Im Jahr 1968 lag dieser bereit zur Unterschrift und wurde zwei Jahre später rechtskräftig. 1995 wurde das Abkommen auf unbestimmte Zeit ausgedehnt.

Mittlerweile sind insgesamt 191 Staaten dem Abkommen beigetreten, darunter die fünf Atomkräfte, die ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates sind – China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

Anfangs, so Whyte Gómez, war es unvorstellbar, dass diese Staaten sich dem NVV anschließen würden. „Aber die Welt und die gegebenen Umstände ändern sich.“

Indien:

Gewalt gegen religiöse Minderheiten nimmt zu

Mehr als 100 prominente indische Christen und Christinnen haben sich im August 2017 in einem Offenen Brief an die Kirchen und christlichen Gemeinschaften gewandt und Unterstützung für die Zivilgesellschaft in deren Kampf um die Bewahrung von Indiens säkularer Ordnung sowie kultureller und religiöser Vielfalt angemahnt. Wie Radio Vatikan berichtet, weisen die Unterzeichnenden auf eine gefährliche Tendenz hin, das Land von „einem pluralistischen, säkularen, demokratischen“ in ein hinduistisches Rashtra zu verwandeln. Dieses Konzept verfolge die Idee, die hinduistische Bevölkerung und ihre Kultur vor fremden, „westlichen“ Einflüssen zu bewahren. Nach Angaben der Organisation „Open Doors“ gebe es im ersten Halbjahr 2017 bereits so viele Vorfälle, bei denen Christen belästigt, bedroht oder angegriffen würden, wie im ganzen Jahr 2016 zusammen. In ihrem offenen Brief weisen die Unterzeichnenden darüber hinaus darauf hin, dass es eine erkennbare Tendenz gebe, die indische Verfassung zu untergraben, was oft in einem Zusammenspiel von offiziellen Stellen und sog. Bürgerwehren. Die Medien scheinen durch Selbstzensur zum Schweigen gebracht, oder erlügen dem Druck des Staates oder ihrer Eigentümer. Der offene Brief wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als es verschiedene Fälle von Lynchjustiz und Übergriffe auf Menschen, die mit Rindfleisch handelten oder es verzehrten, gegeben habe, erst am 15. Juli 2017 sei im Bundesstaat Punjab ein Pastor erschossen worden. Die Unterzeichnenden werfen ihrer Regierung Doppelmoral vor: International beteilige man sich am weltweiten Kampf gegen den Terrorismus, im eigenen Land kümmere man sich nicht um den gewalttätigen Nationalismus auf der Straße. Auch die Gewalt gegen Dalits, Menschen auf der untersten Stufe der hinduistischen Kastenordnung oder gegen Muslime nehme zu. Gerade unter diesen beiden Gruppen sei auch die Suizidrate überdurchschnittlich hoch, wie Zahlen zeigen, die jetzt zum ersten Mal von der indischen Regierung veröffentlicht wurden, nachdem seit dem Jahr 2014 auch die Religionszugehörigkeit dieser Menschen statistisch erhoben wird.

Pakistan : Sicherheit für Christen gesucht

1,6 Prozent der pakistanischen Bevölkerung bekennen sich zum Christentum. Die Gesetzgebung des Landes zur Blasphemie ist – aus Groll oder aus Neid – von einzelnen Mitgliedern der mehrheitlich islamischen Gesellschaft immer wieder dafür benutzt worden, um gegen Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften vorgehen zu können. Die kroatische Abgeordnete im Europäischen Parlament, Marijana Petir (Kroatische Bauernpartei) hat jetzt gefordert, diese Gesetze aufzuheben und den Christen des Landes Sicherheit zu verschaffen. Petir, Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlamentes, wies in diesem Zusammenhang auf die noch immer in Pakistan inhaftierte Christin Asia Bibi hin, die am 8. November 2010 von einem Gericht als erste Frau in der Geschichte Pakistans wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt wurde. Das Gericht hatte es als erwiesen angesehen, dass die Christin den Propheten Mohammed beleidigt habe, was einen Verstoß gegen die Paragraphen 295 B und C des pakistanischen Strafgesetzbuches darstelle. Vergeblich wurde im Laufe der Jahre in zahlreichen internationalen Protesten ihre Freilassung oder Begnadigung gefordert. Schon zuvor hatte Petir der pakistanischen Führung vorgeworfen, der Radikalisierung extremistischer Kräfte im Lande nicht Einhalt zu gebieten, was insbesondere für die religiösen Minderheiten im Land große Probleme mit sich bringe.

Religionsfreiheit: US-Jahresbericht kritisiert Verletzungen

Das US-Außenministerium hat eine Reihe von Ländern kritisiert, die religiöse Rechte einschränken. Darunter befinden sich China aber auch mit den USA verbündete Staaten wie Saudi-Arabien und die Türkei.

Außenminister Tillerson beklagte bei der Vorstellung des Jahresberichts zur internationalen Religionsfreiheit am 15. August, dass beinahe 80 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern lebten, die die Religionsausübung begrenzen oder Gläubige anfeindeten.

Besonders scharf verurteilte Tillerson die Terrororganisation „Islamischer Staat“. Der IS habe einen Genozid gegen Jesiden, Christen und schiitische Muslime verübt und sei verantwortlich für „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Kritik an China und dem Iran

In China werden laut dem US-Bericht Tausende Menschen wegen ihres Glaubens gefoltert und eingesperrt, darunter Mitglieder der Meditationsbewegung Falun Gong, tibetische Buddhisten und muslimische Uiguren. Chinesische Sicherheitskräfte

drangsalieren zudem nicht registrierte religiöse Gruppen und christliche Kirchen.

Im Iran würden Christen und Anhänger der Bahai-Religion verfolgt, hieß es. Aufgrund von „unspezifischen Gesetzen gegen Glaubensabtrünnigkeit“ seien dort im vergangenen Jahr 20 Menschen hingerichtet worden.

Auspeitschung in Saudi-Arabien

Die USA seien auch „besorgt über den Stand der Religionsfreiheit in Saudi-Arabien“, sagte Tillerson. Das Land respektiere keine religiösen Rechte außerhalb des Islams. Andersgläubigen drohten bei der öffentlichen Ausübung ihrer Religion Gefängnis, Auspeitschung und Geldstrafen. In der Türkei schränkten die Behörden die Menschenrechte von religiösen Minderheiten ein.

Kopten in Ägypten: Das Kreuz ohne Furcht tragen

Die brutalen Angriffe auf zwei Kirchen in Alexandria und Tanta am diesjährigen Palmsonntag mit mehr als 40 Opfern, bereits zuvor im Januar die Ermordung von acht Kopten durch den sogenannten Islamischen Staat und 30 Tode im Dezember 2016 bei einer Explosion in einer koptischen Kirche in Kairo werfen die Frage auf, wie man mit dieser konstanten Bedrohung umgehen soll, und was man dem Hass entgegensetzen kann.

Der koptische Bischof Thomas aus dem Bistum Oberägypten verweist dabei auf das Märtyrertum, das auch im 21. Jahrhundert Antworten bereit halte.

In einem Interview fragte ihn Katja Buck, Mitarbeiterin der „Evangelischen Mission in Solidarität“: „Als im Februar vor zwei Jahren 21 junge Kopten vom so genannten Islamischen Staat ermordet wurden, waren viele Menschen überall auf der Welt entsetzt über die Horrorbilder, die die Terrormiliz mit ihrem professionell produzierten Video über die Enthauptungen am Strand ins Netz gestellt hatte. Die einhellige Reaktion im Westen bestand darin, sich dieses Video nicht anzuschauen und damit die Würde der Opfer zu bewahren. Die christliche Gemeinschaft in Ägypten entschied sich für das Gegenteil und schaute sich das Video bis zum Schluss an.“

Diese Reaktion erläutert Bischof Thomas: „Sie wollten das Leiden mit denjenigen teilen, die enthauptet wurden. Beim Ansehen des Videos hörten sie plötzlich, als die Terroristen den Opfern das Messer an die Kehle setzten, dass die jungen Männer den Namen Jesu riefen. Einige Tage später erklärte die koptische Kirche sie offiziell zu Märtyrern der Kirche.“

Er setzte hinzu: „Wenn so etwas unschuldigen Menschen angetan wird, gibt es viele Tränen. Aber im Märtyrertum gibt es beides gleichzeitig: den Schmerz des Kreuzes und die Freude über die Erlösung.“

„Wenn eine solche Tragödie geschieht, sagen wir den Menschen immer, sie sollen nicht diejenigen fürchten, die diese Untaten begehen. Natürlich, sie können dir dein irdisches Leben nehmen, aber was sonst können sie tun? Sie können dir nicht die ewige Herrlichkeit nehmen. Wer keine Angst hat, kann lieben, vergeben und Stärke zeigen. Vergessen wir nicht, dass die Geschichte dieser 21 jungen Männer in Libyen lange vor dem Tag an der Küste begann. Sie wurden entführt, gefoltert und bedroht, damit sie ihrem Glauben abschwören sollten. Aber diese Menschen beteten und hoben die Augen zum Himmel. Wer den Blick nach oben richtet, für den erscheinen die Dinge auf der Erde kleiner.“

Katja Buck fragte: „Ist das nicht ein psychologischer Trick? Man verspricht einem Menschen etwas, was nicht von dieser Welt ist. Aber diese Person wird hier in dieser Welt getötet. Für die Hinterbliebenen ist das ein traumatisches Erlebnis. Eltern verlieren ihre Kinder, Kinder verlieren ihre Eltern. Sie müssen ihr Leben ohne die geliebten Menschen weiterführen.“

Die Mutter von zwei der 21 ermordeten Geiseln sagte in einem Gespräch mit einem TV-Sender, sie verzeihe den Tätern und preise Gott, der ihren Söhnen die Kraft gegeben habe, stark im Glauben zu bleiben – ich kann kaum verstehen, dass eine Mutter denjenigen vergeben kann, die ihre zwei Söhne getötet haben.“

Bischof Thomas dazu: „Sie weiß, dass ihre Söhne in Ehren gehalten sind. Das nimmt ihr natürlich nicht ihren Schmerz. Trotz allem bleibt es ein Trauma. Deshalb brauchen wir spezielle Traumata-Heilungsprogramme. Dieses Leid in sich zu tragen bedeutet aber nicht gleichzeitig auch, Hass in sich zu tragen. Und seinen Schmerz und sein Leid zu zeigen, bedeutet nicht, Angst zu haben. Gott will nicht, dass wir unser Leben einfach wegwerfen. Aber wenn wir dem Märtyrertum ausgesetzt sind, nehmen wir es an.“

Auf die Frage, wie die Mutter der beiden getöteten Söhne, von der die Rede war, und auch die 21 Opfer des so genannten Islamischen Staates, einen Weg finden konnten, das Konzept des Märtyrertums in ihr Leben zu integrieren, meinte Bischof Thomas: „Das waren einfache Leute, die ein einfaches Leben geführt haben. Aber sie sind mit der Idee des Märtyrertums aufgewachsen, in dem die Verehrung der Heiligen eine wichtige Rolle spielt. Das hat ihnen eine tiefe spirituelle Grundlage gegeben. Ein einfacher Glaube bedarf keiner langen Erklärungen. In unseren Sonntagsschulen lehren wir keine schriftliche, sondern eine lebendige Theologie. Es gibt viele Beispiele in der Geschichte der koptischen Kirche, wo Menschen den Märtyrertod erlitten, aber in Würde starben.“

Das Gespräch mit Bischof Thomas vom koptischen Bistum Al-Quosia, Oberägypten, führte KATJA BUCK am 26. März 2017.



Mauer zwischen Israel und Palästina

Palästina: Offener Brief von christlichen Organisationen

Anlässlich einer internationalen Friedenstagung hat die „Nationale Koalition christlicher Organisationen in Palästina“ einen an die ökumenische Bewegung gerichteten Brief veröffentlicht. Sein Fazit: „Es gibt immer noch keine Gerechtigkeit in unserem Land.“

Im Palästina der Gegenwart seien Diskriminierung und Ungleichheit, militärische Besetzung und systematische Unterdrückung an der Tagesordnung, so der Brief vom 20. Juni. „Heute stehen wir vor einem toten Punkt und wir haben einen Stillstand erreicht. Trotz aller Versprechungen, endloser Gipfelgespräche, UN-Resolutionen, Aufrufen von religiösen Anführern und Laien sehnen sich die Palästinenser immer noch nach Freiheit und Unabhängigkeit und suchen Gerechtigkeit und Gleichheit.“

Die christliche Bevölkerung Palästinas brauche die ökumenische Bewegung mehr denn je, betont der offene Brief. „Wir brauchen mutige Frauen und Männer, die willens sind, voranzugehen.“

Die Kirchen werden darin aufgefordert, Israel als Apartheidsstaat zu benennen, die Balfour-Deklaration als ungerecht zu verurteilen, klar theologisch Position zu beziehen gegen jede Theologie oder christliche Gruppe, die die Besetzung rechtfertigt und ein Volk einem anderen gegenüber aufgrund des ethnischen Hintergrunds oder eines Bundes privilegiert.

Der OeRK-Exekutiv Ausschuss, der im November in Amman (Jordanien) zusammentritt, wird sich mit dem offenen Brief befassen. In der Vergangenheit wurde in OeRK-Mitgliedskirchen das Erfordernis formuliert, in Stellungnahmen zu Palästina ebenso das Existenzrecht Israels ausdrücklich anzuerkennen und sich von seiner Bestreitung durch radikale palästinensische Gruppierungen sowie auch von deren Gewaltanwendung zu distanzieren.

Korea-Konflikt: Sofortige Gespräche verlangt

Vor dem Hintergrund sich verschärfender Konfrontationen und eines erhöhten Risikos

eines katastrophalen Konflikts“ auf der koreanischen Halbinsel hat der Oekumenische Rat der Kirchen erklärt, dass „ein Paradigmenwechsel mit neuen Handlungsansätzen für die Lösung der geopolitischen Probleme in der Region dringend erforderlich ist.“

Der OeRK-Exekutiv Ausschuss hat eine Reihe mutiger Ideen zur Förderung „der Unterstüt-

zung neuer Initiativen und eines neuen Engagements seitens der ökumenischen Bewegung für einen Dialog und eine friedliche Koexistenz auf der koreanischen Halbinsel“ vorgelegt. Dazu gehören der Verzicht sowohl auf die jährlich stattfindenden gemeinsamen Militärmanöver amerikanischer und südkoreanischer Truppen als auch auf weitere Raketen- und Nuklearwaffentests durch Nordkorea, die Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen Nordkorea, ökumenische Initiativen für einen Friedensvertrag anstelle des Waffenstillstandsabkommens von 1953, weitere Ansprache aktueller Themen wie Menschenrechte und mehr Unterstützung für Begegnungen, Gedankenaustausch und Dialog zwischen den Menschen christlichen Glaubens in Nord- und Südkorea.

In der ökumenischen Bewegung werden dazu auch Ansätze erprobt. So leiteten bei einem bewegenden Gottesdienst in der Leipziger Bethanienkirche ein nordkoreanischer und ein südkoreanischer Pastor gemeinsam die Abendmahlsliturgie.

Der Gottesdienst stand am Schluss einer Tagung des „Oekumenischen Forums für Frieden, Wiedervereinigung und Entwicklungszusammenarbeit auf der koreanischen Halbinsel“ im Juli.

Menschen mit Behinderungen: Eine Vision für die Zukunft

Mitglieder der Referenzgruppe des Ökumenischen Aktionsbündnisses von und für Menschen mit Behinderungen des Ökumenischen Rates der Kirchen (OeRK-EDAN) und dessen Regionalkoordinatoren tagten vom 12. bis 14. Juni in Genf, um über die Arbeit des Netzwerks in den letzten vier Jahren zu sprechen und die nächsten vier Jahre zu planen.

Eine Überprüfung der Arbeit des EDAN-Netzwerkes in den letzten vier Jahren ergab, dass in allen Regionen messbare Fortschritte erzielt worden sind, um Menschen mit Behinderungen in verschiedenen Aspekten in Kirche und Gesellschaft besser mit einzubeziehen.

Trotzdem waren sich alle Mitglieder einig, dass noch viel zu tun ist, bevor keine Menschen mehr ausgegrenzt werden und alle gleich sind. Um sich dafür vorzubereiten,

befassten sich die Mitglieder mit der Frage, was Mission von den Rändern her bedeutet und wie die OeRK-Erklärung „Gemeinsam für das Leben“ für die Arbeit von EDAN genutzt werden kann.

Außerdem wollen sie sich verstärkt mit Kirchen und anderen Akteuren dafür engagieren, dass die Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung auch diese Thematik beinhaltet.

Gesundheit und Heilung: Verpflichtung bekräftigt

Bei einer Zusammenkunft mit einer Reihe von internationalen Repräsentanten und Partnern in Genf am 24. Mai 2017, hat der Weltkirchenrat seine Verpflichtung zur Gesundheit und Heilung aller Menschen gegenüber den Regierungen bekräftigt und ist damit neue Schritte hin zu einer globalen ökumenischen Gesundheitsstrategie gegangen.

Dr. Mwai Makoka, OeRK-Programmverantwortlicher in diesem Bereich, sagte: „Die Kirche wird weiterhin einer der wichtigsten Institutionen im Bereich nachhaltiger Entwicklung, insbesondere im Bereich der Gesundheit, bleiben. Ohne die aktive Beteiligung der Kirchen können die Nachhaltigen Entwicklungsziele nicht erreicht werden – wobei betont werden muss, dass die Gesundheit nicht nur bloßes Beiwerk, sondern integraler Bestandteil des kirchlichen Auftrages ist.“

Auch von Seiten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird gefordert, „den Menschen“ wieder ins Zentrum ihre Gesundheitsarbeit zu rücken, wie Dr. Cherian Varghese, der Managementkoordinator für nicht-ansteckende Krankheiten bekräftigt. „Es scheint klar, dass wir für diejenigen eintreten, die keine Stimme im Gesetzgebungsprozess haben. Die ökumenische Bewegung hat hier eine wichtige Aufgabe, in dem sie diese tatsächlich miteinbindet und an den gemeinsamen Tisch bringt.“

So sei die Bedeutung christlicher Gesundheitsverbände in aller Welt und die Rolle des OeRK beim Aufbau dieser Institutionen nicht zu unterschätzen, wie der Vorsitzende der Kommunikationsabteilung des Global Fund to Fight AIDS, Dr. Christoph Benn, betonte. Jetzt gehe es darum, diese Netzwerke zu stärken. Gleichzeitig stünden Rechtsfragen oftmals einer umfassenden Gesundheitsversorgung der Menschen im Weg, und nicht etwa ausschließlich Ressourcenknappheit oder fehlende Gesundheitsexperten. Vielmehr seien es Konflikte, die die Arbeit behinderten. Hier könnten, so Benn, Glaubensgemeinschaften ansetzen, wenn sie eine dialogorientierte Umgebung schufen.

Aus ökumenischen NETZEN

► Ökumenisches Netz in Deutschland

Ökumenischer Ratschlag in Berlin

Ein Ökumenischer Ratschlag für Netze und Initiativgruppen traf sich am Rande des Kirchentags in Berlin. Er wurde im Haus der Demokratie von Ulrich Schmitthener eröffnet mit einer kurzen Einordnung des Themas „Die planetarische Krise und die UN-Nachhaltigkeitsziele“ in den gemeinsamen ökumenischen Lernweg zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und die parallelen UNO-Prozesse. Ökumene erwies sich als früh reagierender Resonanzboden für die Anliegen der global an den Rand Gedrängten. Sie war in Themensetzung und Inhalten den Unternehmungen der UNO voraus.

Peter Schönhöffer schlug in seinem folgenden spirituellen Impuls den Bogen zum Pilgerweg-Aufruf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen von Busan 2013.

Dr. Wolfram Stierle, Grundsatzreferent im BMZE und der ökumenischen (Basis-)Bewegung verbunden, verwies darauf, dass die ökumenische Bewegung international in ihren dokumentierten Erkenntnissen und Aktivitäten zu Schöpfung/Umwelt, zu Gerechtigkeit und Frieden den entsprechenden UNO-Prozessen vorangegangen sei. Er beantwortete zu Beginn seines Referats die Frage, was Nachhaltigkeit gemäß landläufiger Meinung ausmache. Fehlanzeige gäbe es bislang bei der kulturellen Bedingtheit des Ganzen. Unter endgültiger Ablösung des Ansatzes der 1970er Jahre – nachholende Entwicklung als Leitziel – habe sich 2015 in New York die Erkenntnis durchgesetzt: Wir selber mit unserem problematischen „imperialen Lebensstil“ sind das keineswegs auf alle übertragbare (Entwicklungs-)Modell: Willkommen im Anthropozän!

Das entscheidend Neue an den SDGs seien Universalität, Verbindlichkeit und anzustrebende Gerechtigkeit. Stierle bezeichnet das Jahr 2015 als „Hoffungsjahr“: im Juli die Konferenz in Addis Abeba zur Entwicklungs-Finanzierung, im Sept./Okt. der Beschluss der SDGs, und im Dezember das Klimaabkommen von Paris. Entscheidende Vorarbeiten zu diesen Fortschritten seien bei näherem Hinsehen immer wieder von der ökumenischen Bewegung ausgegangen – zum guten Teil mit einem Vorlauf von 40 Jahren.

Sarah Meschenmoser von der Christoffel-Blindenmission anerkannte zu Beginn ihres Impulses, dass sich Deutschland der Überprüfung der Umsetzung der SDGs durch das „High Level Political Forum“ der UN früh



Ratschlag in Berlin – mit Arne Lietz, Sarah Meschenmoser, Ute Finckh-Krämer und Werner Gebert (von links nach rechts)

gestellt hat. Zu den Widerständen merkte sie an: Wiewohl alle wissen, dass es ums „Eingemachte“ geht, werde jeweils sehr verschieden gewichtet; der sogenannte „Whole of Government-Approach“ befördere de facto aber das Hängenbleiben in den Hierarchien und Ressorts, wobei unterschiedliche Mentalitäten die Intensität der Behandlung bedingen. Obwohl in der UN ein geflügeltes Wort laute „What gets metered, gets done“ („Was messbar ist, kann umgesetzt werden“) laufe auch die Indikatoren-Messung oft ins Leere. Ihr Gesamteindruck: Die Agenda 2030 mit den SDGs werde nur zögerlich aufgenommen. Ihr Vorschlag: jährliche Berichte über die SDG-Umsetzung an den Bundestag.

Arne Lietz, Mitglied des EU-Parlaments und persönlich spezialisiert auf die kritische Beobachtung der globalisierten Textilindustrie, berichtete auch einiges aus seiner täglichen politischen Kärner-Arbeit. Die SDGs stehen auch im EU-Parlament zu wenig im Fokus. Er versuche, immer wieder nachzuhaken, dann könnten auch dicke Bretter erfolgreich gebohrt werden. Seinerseits entwickelt er zeitgemäße Kurz-Filme und Bildungsmaterialien. In Zukunft könne er sich vorstellen, anhand von Brennpunkten wie der Textilindustrie in Dakka (Bangladesh) mehrere SDG-Ziele – etwa mit dem Recht auf Wasser – als Desiderate für sehr konkreten politisch-ökonomischen Rahmenwandel zu bündeln.

Im Übrigen ließen sich über das Thema „Konsum“ konkrete Nachhaltigkeitsziele ansprechen.

Dr. Ute Finckh-Krämer, MdB, deren zentrale Themen Gerechtigkeit, Frieden und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen sind, sah eine Schwierigkeit bei der Umsetzung der SDGs im kurzfristigen Denken, das mit der vierjährigen Wahlperiode zusammenhängt. Außerdem profitiere die Industrie von dem gegenwärtigen Zustand der Welt und habe deshalb wenig Interesse an strukturellen Änderungen.

Die sich anschließenden Arbeitsgruppen mit den einzelnen Beauftragten der Re-

gionalsstellen für Nachhaltige Entwicklung (RENN) wurden dadurch interessant, dass sie Einblicke in die genauen Aufgaben und anfänglichen Praktiken der RENN-Stellen ermöglichten.

► Kommender Ökumenischer Ratschlag in Mannheim



Eine neue Reformation ist notwendig

Der nächste Ratschlag stellt sich dem Thema „Eine neue Reformation ist notwendig – Konziliarer Prozess und Nachhaltigkeitsziele als Wegweiser“. Er findet statt am **Sonntag, 8. Oktober 2017**, von 10:00 h bis 17:30 h, im Ökumenischen Bildungszentrum, Mannheim. Der Schwerpunkt liegt diesmal auf der Umsetzung der SDG-Ziele: Wie können sie durch verstärkte Bildungsarbeit in Gemeinden, Kommunen, Gruppen, AGs zum Erfolg geführt werden? Das Reformationsjubiläum bietet Anlass für Überlegungen, was die Agenda 2030 zur Erneuerung der Kirchen beitragen kann – und was eine im Sinne des konziliaren Prozesses erneuerte Kirche in Gang zu setzen vermag. Die Antwort hängt davon ab, welchen Stellenwert der Konziliare Prozess im Selbstver-

OEKUMENISCHER RATSCHLAG

Herzliche Einladung an alle, die das Leben auf der Erde für kommende Generationen erhalten wollen

„Eine neue Reformation ist notwendig“

Sonntag, 8. Oktober 2017, 10:00-17:30 h, im Ökumenischen Bildungszentrum „sanctelara“, Mannheim, B5,19

www.oekumenischer-ratschlag.de

ständnis der Kirchen hat. Ist er nur ein Thema unter anderen oder gehört er zu den konstitutiven Merkmalen des Kircheseins?

Die Einladenden halten die im Konziliaren Prozess eingegangene Verpflichtung, gerechten Frieden zu fördern und die Schöpfung zu bewahren für ein Wesensmerkmal von Kirche. Damit gewinnen aber auch die SDGs einen hohen Stellenwert in der Kirche mit allen ihren Ebenen, weil sie zu einem großen Teil den Zielen des Konziliaren Prozesses entsprechen.

Die Kirche muss sich ständig erneuern entsprechend dem reformatorischen Leitspruch „Ecclesia semper reformanda“. Sie darf sich nicht auf das Seelenheil der Gläubigen beschränken. Sie muss sich neu ausrichten auf die Mitwelt des Menschen. Es braucht eine große Transformation, eine grüne Reformation, die gerechten Frieden schafft.

Das Programm: Vorgesehen sind in Mannheim am 8. Oktober drei Impulse, die dann in AGs diskutiert werden. Die ReferentInnen kommen dazu aus Österreich, der Schweiz und Deutschland. Dr. Beat Dietrich, Präsident von „Commundo“ und ehemaliger Zentralsekretär von „Brot für alle“ in der Schweiz, wird den von den Politikern neu entdeckten Begriff der Gerechtigkeit behandeln.

Pfarrerin Eva Hadem, Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Leiterin des Lothar-Kreyssig-Hauses in Magdeburg, wird sich anhand des Magdeburger Manifests mit dem ökumenisch intensiv diskutierten Begriff des gerechten Friedens befassen.

Isolde Schönstein, Mitgründerin des European Christian Environmental Network (ECEN) und der Arbeitsgemeinschaft Schöpfungsverantwortung in Österreich, wird sich der ökologischen Reformation/Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft widmen.

Kontakt: Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30
70176 Stuttgart, ecunet@t-online.de

► Berlin

Die Oekumenische Initiativgruppe Eine Welt in Berlin-Treptow-Köpenick hat die Diskussionsstränge zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung mit ihren Höhepunkten in den ökumenischen Versammlungen dargestellt mit parallel laufenden Agenda-Prozessen der Vereinten Nationen, s. Grafik am Seitenende.

Kontakt: Oekumenische Initiativgruppe Eine Welt (OEIGEW), Treptow-Köpenick, Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Str. 23, 12557 Berlin
Tel.: 030/4673 45 94, klaus.wazlawik@gmx.de

► Rhein-Mosel-Saar

Im Kapitalismus gegen den Kapitalismus: In welchem Zusammenhang steht die Suche nach Alternativen?

Anlässlich des 25jährigen Bestehens des Netzes laden Vorstand und Geschäftsführung alle Mitgliedsgruppen und Interessierten in die KHG Koblenz (Löhrroddell 1a, 56068 Koblenz) ein, bei Wein, Wasser und Snacks am Abend des **24. November** (18.30h) über die Inhalte des Netzes der letzten Jahre zu diskutieren und welche Bedeutung die Erarbeitung des Netz-Papiers hat, bevor der erste Entwurf des Papiers im kommenden Jahr diskutiert werden wird.

Am 25. November (9.45 h) stellt Herbert Böttcher morgens im Zusammenhang der Diskussion um Alternativansätze den vorerst letzten Aspekt im Blick auf das Netz-Papier dar: die kritische Auseinandersetzung mit einem theoriefeindlichen Handlungsfetischismus. Wie und wo äußert er sich? Welche Hintergründe hat er? Inwiefern bewegen wir

uns auf eine reflexionslose Gesellschaft zu, in der ausschließlich Antworten innerhalb der Kategorien der kapitalistischen Form gesucht werden und transzendierendes Denken marginalisiert ist?

Nach Diskussion und Mittagessen gegen 13 Uhr, findet am Nachmittag die Mitgliederversammlung des Netzes statt. Eine Anmeldung wird erbeten bis zum **20.11.2017**.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominik Kloos; c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 02 61/89 92 62 84
info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

► Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

Michael Held überraschend verstorben

Der Verantwortliche für das ökumenische Netz in Nord- und Osthessen und zugleich Koordinator des Oekumenischen Netzes in Deutschland, Michael Held, ist überraschend in seinem Büro in Bad Hersfeld verstorben. Der Trauergottesdienst wurde am 12. August in der dortigen Stadtkirche gehalten. Den gebürtigen Dresdner Michael Held prägte das Erleben des Feuersturms 1945. Seit 1991 leitete der Diplom-Politologe ehrenamtlich die Arbeitsstelle „Praktische Schritte“ für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und war Umweltbeauftragter des Kirchenkreises Hersfeld.

Er engagierte sich im Netzwerk Friedenssteuer und war Mitgründer des Oekumenischen Netzes in Deutschland, dessen Sprecher er wurde.

Als vorläufiger Ansprechpartner für das Oekumenische Netz in Deutschland steht Dr. Klaus Wazlawik bereit.

Kontakt: Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23, 12557 Berlin
kontakt@oenid.net



► Netzwerk Friedenssteuer



Bundtagswahl 2017: Wahlprüfsteine der Zivilgesellschaft

Das Netzwerk Friedenssteuer möchte für die anstehende Bundtagswahl mit einer Kampagne im Bündnis mit einer großen Anzahl von weiteren Initiativen erreichen, dass die Friedensbewegung besser gehört wird.

Deshalb hat sich das Netzwerk daran gemacht, für die Bundestagswahl 2017 wichtige Forderungen vieler Organisationen aus den Bereichen Frieden, Bewahrung der Schöpfung, solidarische Ökonomie, globale menschenwürdige Entwicklung etc. zu erfragen und zu bündeln. Diese Forderungen, wurden zusammen mit konkreten Vorschlägen für ihre Umsetzung den Kandidaten und Kandidatinnen für Bundestagsmandate zur Stellungnahme vorgelegt.

Mit den gebündelten Forderungen der mitarbeitenden Organisationen soll Politikern verständlich gemacht werden, dass klare Zusammenhänge zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, Rüstung und Militär, Umwelt, globaler Entwicklung, Terror, Fluchtbewegungen etc. bestehen, ganz im Sinne der Sustainable Development Goals (SDG).

Die Stellungnahmen aller MdB-KandidatInnen, die sich zu den Forderungen äußern, werden veröffentlicht.

Kontakt: Netzwerk Friedensteuer e.V.

Krennerweg 12, 81479 München, Tel: 0 89/7 25 94 16
www.netzwerk-friedensteuer.de

► Kairos Europa



„Fluchtursachen bekämpfen“: Aufgabe für Gemeinden und interreligiösen Dialog

Neben dem großen Engagement der Zivilgesellschaft für die Begleitung und Integration von Geflüchteten bleibt die Frage: Wie können die strukturellen Ursachen von Krieg, Ungerechtigkeit und Klimawandel neu in den Blick kommen und gleichzeitig konkrete Handlungsoptionen geschaffen werden: für kirchliche Gemeinden, Basisgruppen und Solidarinitiativen genauso wie kirchliche Einrichtungen und Partner im christlich-muslimischen Dialog.

Kairos Europa lädt am **Samstag, 18. November 2017**, 11–16 Uhr zu einem Studientag ein in die Christuskirche Nürnberg-Steinbühl, Siemensplatz 2. Referenten sind Prof. em. Dr. Ulrich Duchrow, Heidelberg und Dr. Thomas Amberg, Köprü/Brücke Nürnberg.

An diesem Studientag sollen Impulse von und für lokale Akteure ausgetauscht werden, die die „Herausforderung Migration“ in einen weiteren politischen und (befreiungs-)theologischen Horizont einbetten wollen.

Neben zwei Eingangsvorträgen und parallelen Workshops ist auch eine Straßenaktion

im Rahmen der Friedensdekade 2018 geplant.

Informationen/Anmeldung über Thomas Zeitler

Pfarrer im Lorenzer Laden,

thomas.zeitler@lorenzerladen.de

www.lorenzerladen.mws3/fluchtsachen

Kontakt: Martin Gück, Kairos Europa e.V. im WeltHaus

Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg

Tel.: 0 62 21/4 33 36 22, gueck@kairoseuropa.de

www.kairoseuropa.de

► Oekumenische BAG Asyl in der Kirche



Orientierung an rechtsstaatlichen Ansprüchen und Menschenrechten

Den zunehmenden Druck von Politik und Behörden auf das Kirchenasyl hat ein Treffen von Flüchtlingsinitiativen aus ganz Deutschland in Frankfurt am Main kritisiert. So werden in Bayern evangelische und katholische Pfarrer belangt, wenn sie Kirchenasyl gewähren. Das bestätigten die Generalstaatsanwaltschaften Nürnberg und München dem Bayerischen Rundfunk. „Beihilfe zum illegalen Aufenthalt“ lautet die dann die Anklage. Bei ihrem Vorgehen gegen Pfarrer, die Kirchenasyl gewähren, verfahren alle bayerischen Staatsanwaltschaften bereits einheitlich. Demnach sollen Pfarrer, die erstmalig Kirchenasyl gewähren, zunächst polizeilich vernommen werden. Anschließend werde das Verfahren wegen geringer Schuld entsprechend des Paragraphen 153 der Strafprozessordnung eingestellt. Erst bei einem weiteren Fall von Kirchenasyl müssten die Verantwortlichen mit einer Geldauflage nach Paragraph 153a StPO rechnen. Wenn sie ein drittes Mal einen Flüchtling im Kirchenasyl aufnehmen, erhielten sie einen Strafbefehl.

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat den beiden großen Kirchen in Bayern vor den Wahlen nun auf der Allgäuer Festwoche in Kempten zugesichert, wegen des Kirchenasyls keine Pfarrer und Gemeinden mit Strafverfahren überziehen zu wollen.

In Frankfurt hatten sich am 1. Juli rund 250 Aktive aus evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, Klöstern, Diakonie und Caritas zu einer bundesweiten Kirchenasylkonferenz getroffen. Abschließend erklärten die Teilnehmenden: „Am liebsten wäre es uns, kein Kirchenasyl gewähren zu müssen.“ Doch die Zahl der Menschen, die Schutz in kirchlichen Räumen suchen, steigt. Gründe dafür sind eine restriktiver werdende Asylpolitik, die hohe Zahl der Asylanträge, eklatante Mängel in der europäischen Flüchtlingspolitik, skandalöse

Aufnahmebedingungen in den Dublin-Ländern, insbesondere in Bulgarien, Ungarn und Italien, sowie vielfach fehlerhaft durchgeführte Asylverfahren. Angesichts sei die aktuelle Zahl der Kirchenasyle in Deutschland mit 309 sehr niedrig. Längst nicht alle Anfragen mündeten in ein Kirchenasyl. Die vermehrten Bitten um Kirchenasyl machten vor allem Probleme deutlich und funktionierten als Seismograph. Das Kirchenasyl könne aber nicht die Lösung für strukturelle Probleme in der Flüchtlingspolitik sein. Grundsätzlich werde Kirchenasyl nur gewährt, wenn im Einzelfall davon ausgegangen werden müsse, dass Menschen Gefahr für Leib und Leben oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Grund- und Menschenrechte droht.

Die Kirchenasylbewegung verlangt unverändert die vollständige Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan.

Rückführungen sollten nicht mehr in solche europäischen Mitgliedstaaten erfolgen, in denen Grund- und Menschenrechte von Schutzsuchenden verletzt werden.

Hauptziel bleibe, im Dialog mit der Politik und den staatlichen Behörden die Ursachen von Kirchenasyl zu beseitigen.

Für das Jahr 2016 wurden insgesamt 692 Kirchenasyle dokumentiert. 1139 Personen, darunter 277 Kinder und Jugendliche, fanden 2016 Schutz im Kirchenasyl.

Von den dokumentierten Kirchenasylen waren 632 sog. Dublin-Fälle. Von 417 beendeteten Kirchenasylen ist ein positiver Ausgang (d.h. mindestens mit einer Duldung) in 397 Fällen zu verzeichnen.

Kontakt: Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., Kirche Zum Heiligen Kreuz, Zossener Str. 65
10961 Berlin, Tel.: 030/25898891, info@kirchenasyl.de

► Ohne Rüstung leben



Wende bei Heckler & Koch – Neue Strategie?

Die heutige Hauptversammlung der Aktionäre des Waffenherstellers „Heckler & Koch“ brachte am 15. August 2017 Überraschungen: Nicht nur hatten Rüstungsgegner zehn Aktien von „Heckler & Koch“ (von 5000 auf dem freien Markt und 21 Millionen H&K-Aktien insgesamt) gekauft, um kritische Fragen zu Rüstungsexporten und Menschenrechten stellen zu können. Sieben kritischen AktionärInnen wurde auf diese Weise ermöglicht, persönlich an der Hauptversammlung teilzunehmen. Darunter Jürgen Grässlin und Paul Russmann. Der neue Vorstand von „Heckler & Koch“ gab

sich ungewohnt offen und kündigte eine veränderte Strategie an. Als Beweggrund nannte Firmenleiter Norbert Scheuch eine „kritische Bewertung des Geschäfts“. Das Unternehmen muss Schulden abbauen und benötigt frisches Geld. Das soll über weitere Kapitalerhöhungen an den Börsen eingesammelt werden.



Dazu ist die Wiedererlangung von öffentlichem Ansehen hilfreich, welches wiederum auch der Mitarbeitermotivation dient.

Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (auch der NATO-Partner Türkei und Saudi-Arabien) und auch beispielsweise alle Staaten Afrikas werden künftig nicht mehr mit Kriegswaffen von „Heckler & Koch“ beliefert. Die bislang sehr profitable H&K-Dependence in Saudi-Arabien wurde dem Vernehmen nach bereits aufgelöst, eine neue wird in den USA gebaut.

Heckler & Koch wickelt allerdings noch Altaufträge ab (z.B. Indonesien, Malaysia, Vereinigte Arabische Emirate, Türkei). Darüber hinaus sollen nun nur noch NATO-Staaten und deren Partner, die aber demokratisch und nicht-korrupt sein müssten, beliefert werden. Außerdem sicherte der „Heckler & Koch“-Chef Norbert Scheuch den Rüstungskritikern zu, die Einbringung eines Opferfonds ernsthaft zu prüfen.

Norbert Scheuch wurde allerdings am 29.08. seiner Posten enthoben.

Ungeklärt bleibt dabei insgesamt die Frage, warum Waffen überhaupt von Privatfirmen mit Profitinteresse hergestellt werden sollen und nicht vom Staat als Inhaber des Gewaltmonopols.

Für die Zukunft: Friedenslogische Perspektiven

Die ökumenische Initiative „Ohne Rüstung leben“ besteht nun seit 40 Jahren. Das will ORL vom **17. bis 19. November 2017** feiern und friedenslogische Perspektiven für die Zukunft diskutieren.

Dazu lädt sie ein in die Evangelische Akademie Bad Boll vom **17. bis 19. November**. Angeboten werden als Themen „Die Friedensarbeit von Ohne Rüstung Leben – Würdigung, Rückblick und Ausblick“. Martin Quack referiert über „Friedenslogik statt Sicherheitslogik – ein neues Konzept für eine bewährte Idee“. Markus Weingardt spricht über „Mehr als Gandhi: Religiös motivierte Friedensarbeit“.

Tagungsanmeldung über Mauricio Salazar, Ev. Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll

Tel.: 07164/79239

Kontakt: Ohne Rüstung leben, Paul Russmann

Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart

► PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft



Memorandum zu aktuellen ökumenischen Themen

Nach ermutigenden Rückmeldungen von Freunden und Freundinnen des PLÄDOYERs hat der Fortsetzungsausschuss beschlossen, die Arbeit weiterzuführen mit einem Memorandum zu aktuellen ökumenischen Themen. Dafür wurden ausgewählt:

- ▷ *Das neue ganzheitliche Menschenbild*
- ▷ *Transformative Spiritualität*
- ▷ *Kopernikanische Wende im Anthropozän*
- ▷ *Klimagerechtigkeit*
- ▷ *Gerechter Friede*
- ▷ *Der Konziliare Prozess vor Ort*
- ▷ *Religiöse Zusammenarbeit in Berlin*
- ▷ *Rassismus / Fremdenfeindlichkeit*
- ▷ *Palästina/Israel*
- ▷ *Migration/Flucht*
- ▷ *Agenda 2030: SDGs*

Fast alle Themen sind in Bearbeitung; einige Beiträge sind schon weit vorangeschritten.

In Bezug auf eine Veröffentlichung noch in diesem Jahr wurde der Evangelische Pressedienst angefragt. Der Leiter von epd-Dokumentation, Reinhold Schardt, hat daraufhin Folgendes mitgeteilt:

„... eine epd-Dokumentation zu aktuellen ökumenischen Themen von Plädoyer-Mitarbeitern würde gut in die Reihe von Texten zur Oekumene bei uns passen ... Jedenfalls hätte ich generell großes Interesse daran, das Memorandum als Doku herauszubringen und so den öffentlichen Diskurs zu ökumenischen Themen zu bereichern ...“

Die epd-Zusage ist als eine Ermutigung und Inspiration zu verstehen.

Kontakt: Werner Gebert, Banweg 14

72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/959898

Fax: 959894, euw.gebert@t-online.de

► Ökumenische Initiative Eine Welt



Kirchentag 2017: Intensiv und ernüchternd

Brauchen wir solch einen Megazirkus, um Veränderung voranzutreiben?, fragt Susanna Austrup im Rundbrief der Ökumenischen

Initiative eine Welt, und schreibt weiter: Der Kirchentag ist zu einem Event angewachsen, bei dem Sehen und Gesehenwerden auf der großen Bühne inzwischen eine enorme Rolle spielen. Da passte die diesjährige Losung in Berlin „Du siehst mich“, auch wenn ursprünglich eine andere Idee Geberin dieses Titels war. Gezielt nutzten Vertreter aus Politik und Wirtschaft die Kirchentagsbühne. Und gerne gaben die Konzerne VW und Bosch einen ordentlichen Batzen Geld, um große Träume von einem großen Kirchentag – immerhin ist auch noch Reformationsjahr – zu verwirklichen. Braucht die Kirche diese Show, um sich interessant zu machen? Und wie passt das zusammen mit Predigten, in denen zu mehr Bescheidenheit aufgerufen wird?

Überzeugend hingegen waren die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in Gruppen, Vereinen und Verbänden, Aktionsbündnissen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen, Initiativen, Gesellschaften oder Gemeinden organisieren und einsetzen. Hier bot der Kirchentag ein Dach, unter dem viele ihre Arbeit präsentieren konnten, wie letztendlich auch die Ökumenische Initiative Eine Welt mit ihrem Erd-Charta Stand. Beeindruckend war die spürbare Lust auf Begegnung und Austausch, das Interesse an Information und die Power, die an vielen Spielorten des Kirchentags zu spüren war. Das Haar in der Suppe: Die KirchentagsbesucherInnen waren ein Publikum unter sich, also Menschen, die als bekennende Gläubige schon mit der entsprechenden Offenheit unterwegs waren. Andersdenkende waren rar. Gab es sie überhaupt? Zumindest bei uns am Stand wurden keine hitzigen Debatten geführt.

SUSANNA AUSTRUP

(eine von sechs MitarbeiterInnen am Erd-Charta Stand)

Kontakt: Ökumenische Initiative Eine Welt e.V.

Mittelstr. 4, 34474 Diemelstadt-Wethen

Tel.: 05694/1417, info@oeciw.de

► Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Magdeburger Friedensmanifest Ein radikaler Aufruf für den Frieden

Anlässlich des Kirchentags wurde von mehreren Friedensorganisationen, darunter der Friedenskreis Halle, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden, die AGDF sowie das Forum Friedensethik in Baden, ein eigenes Manifest verabschiedet. Das „Magdeburger Friedensmanifest“ beinhaltet eine generelle Absage an Gewalt. Es ist ein Aufruf zur aktiven Gewaltlosigkeit. Und es ist ein Signal auch an die Kirche, Jesus auf seinem Weg des Gewaltverzichts in allen Lebensbereichen nachzufolgen und an einer zukünftigen Friedensordnung mitzuwirken.

Kirchen des gerechten Friedens sollen sich ausschließlich für gewaltfreie Wege der Konfliktbearbeitung einsetzen. Daraus folgt: Die Kirche empfiehlt ihren Mitgliedern weder beim Militär noch in der Rüstungsindustrie zu arbeiten. In Kirchen dürfen keine Militärkonzerte stattfinden. Militärseelsorge in der Bundeswehr soll durch eine Seelsorge, die strukturell außerhalb der Bundeswehr verortet ist, ersetzt werden.

Die Verfasser verstehen das Manifest als Diskussionspapier.

In mehreren Thesen argumentiert das Friedensmanifest für einen Weg zur Gewaltlosigkeit. Politische Konflikte könnten nicht militärisch gelöst werden, daher müsse der Weg weggeführt vom Vertrauen auf militärische Stärke, Abschreckung und Abschottung hinzu einer krisenpräventiven, friedens- und gerechtigkeitsfördernden Politik mit einem Vorrang für zivile Ansätze. Darum fordert das Manifest auf, dass künftig eine Friedenslogik statt militärischer Sicherheitslogik das Leitbild der EKD prägen soll.

In den Kirchen soll gewaltfreie, konstruktive Konfliktbearbeitung gelernt werden. Dabei soll der Blick geweitet werden auf die Eine Welt. So sollen nicht nur die Auswirkungen von Krieg, Gewalt und Flucht, sondern auch deren Ursachen wie Verteilungsgerechtigkeit, globale, diskriminierende Wirtschaftsstrukturen und Machtverhältnisse Beachtung finden.

Baden: Sicherheit ohne Militär

Gewaltfreie Konfliktbearbeitung steht im Mittelpunkt des „Friedensethischen Prozesses“ der badischen Landeskirche. Dazu wurde ein Grundsatzpapier „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ herausgegeben. In der Zielrichtung liegt eine Sicherheitspolitik, die von der Friedenslogik bestimmt wird und nicht auf militärischen Mitteln basiert, wie der landeskirchliche Friedensbeauftragte Stefan Maaß erläutert. Beim angestrebten Militärausstieg geht es den Badenern um eine Umwandlung der bewaffneten Institution Bundeswehr. Die Bundeswehr soll nicht völlig abgeschafft, sondern teilweise in ein internationales technisches Hilfswerk umgewandelt werden, um auch nichtmilitärische Aufbauhilfe in Krisengebieten zu leisten. Ausbildung zur zivilen Verteidigung sei zu stärken. Der badische „Friedensethische Prozess“ setzt zur Verwirklichung auf eine breite gesellschaftliche Bewegung. In die Diskussion werden auch VertreterInnen aus Bundeswehr und Parteien einbezogen.

„Zentrum Frieden“: Eine Aufgabe für den Kirchentag 2019

Aus Sicht von kirchlichen Friedensorganisationen waren Friedensthemen auf dem Kirchentag in Berlin durch hochkarätige Referentinnen aus Religionsgemeinschaften, Politik und Gesellschaft vertreten. Eine zen-

trale Aufgabe für den nächsten Kirchentag in Dortmund bestehe darin, dieses hohe Niveau weiterzuentwickeln. Die drängenden friedensethischen Fragen und globalen Herausforderungen sollten in Dortmund 2019 in einem eigenen kirchentagsoffiziellen „Zentrum Frieden“ behandelt werden.

Kontakt: Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD e.V. (VfF), Endenicher Str. 41, 53115 Bonn
Tel.: 02 28/24 99 90, office@eak-online.de

Kommende Kirchen- und Katholikentage

▷ Der **Deutsche Katholikentag** lädt vom **09. bis 13. Mai 2018** nach Münster ein.

▷ Der nächste **Deutsche Evangelische Kirchentag** findet vom **19. bis 23. Juni 2019** in Dortmund statt.

▷ Ein dritter **Oekumenischer Kirchentag** ist vom **12. bis 16. Mai 2021** in Frankfurt geplant.

► Methodistische Fachgruppe „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“

Friedenswort 2017:

Frieden gestalten: gerecht, gewaltfrei und schöpfungsgemäß

Auf Initiative der Fachgruppe „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ greift die evangelisch-methodistische Kirche (EmK) den Impuls der 10. Vollversammlung des Weltkirchenrates in Busan 2013 auf und setzt den Pilgerweg des konziären Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung fort. Der Titel des Friedensworts von 2017 bringt zum Ausdruck, dass die EmK nicht beim bisher erkannten unauflösbaren Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit stehen bleiben, sondern systematisch die enge Verknüpfung mit der Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschheit darstellen will.

Frieden soll als Einheit von Fragen der Gerechtigkeit, des gewaltfreien Zusammenlebens und der Schöpfungsbewahrung verstanden werden. Denn die jeweiligen Herausforderungen sind eng miteinander verflochten.

Das Friedenswort gliedert sich in eine biblisch-theologische Grundlegung und ihre Übertragung auf die Praxis. Die drei Handlungsfelder – Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung – werden an Hand von jeweils drei bis fünf Beispielen mit Hilfe des Dreischritts „Wahrnehmungen, Beurteilungen und Handlungsmöglichkeiten“ anschaulicht.

Den Abschluss bilden Gedanken zum Abendmahl und zum Motto der ökumenischen Initiative „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“ sowie zusammenfassende Thesen und das soziale Bekenntnis der Evangelisch-methodistischen Kirche.

Den Autoren kam es darauf an, aufzuzeigen, dass evangeliumsgemäße Haltungen und Handlungen einen Kontrast zur parteipolitischen Programmatik und Praxis bilden. Der Glaube hat eine andere Wertegrundlage und eine prinzipiell langfristige Perspektive über den Horizont einer Wahlperiode hinaus. Die Kernliegen des Friedensworts sind: Die EmK beschreibt Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Lehre und Verkündigung als Merkmale der Nachfolge Jesu Christi.

Die EmK erkennt, wie sie sich zu einer Friedenskirche entwickeln kann: einer Kirche, die militärische Gewalt in keiner Weise theologisch zu rechtfertigen sucht.

Das Papier lädt ein zur Diskussion. Dazu sollen auch kurze Abschnitte mit Fragen und Impulsen anregen. Mehr ist zu finden im Blog von www.emk-gfs.de.

Kontakt: Bernd-Dieter Fischer, Eschenauer Str. 27
90411 Nürnberg, Tel.: 0911/5 29 8019
bernd-dieter.fischer@emk.de

► Internationale ökumenische Gemeinschaft (IEF)

50. Jubiläum in Wittenberg

Die „Internationale Oekumenische Gemeinschaft“ (IEF) hat auf einer „Wittenberger ökumenischen Versammlung“ ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. „Es gibt nur eine gemeinsame Zukunft und Hoffnung für alle – oder gar keine Hoffnung auf Zukunft“, sagte Olav Fykse Tveit vom OerK in seiner Festrede. Die Menschheit sei „in einer äußerst gefährlichen Phase“ zwischen atomaren Gefahren, der Leugnung der Erderwärmung und ihrer Konsequenzen sowie Gewalt und Krieg im Nahen Osten und anderen Regionen. Vor diesem Hintergrund seien Frieden und Gerechtigkeit für die Erde und das Überleben der Menschheit unabdingbar.

Für eine Kirche der Einheit und ein gemeinsames Abendmahl plädierte der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. „In einer verrückten Welt, in der Vereinfachung, Intoleranz, Nationalismus und programmatischer Egoismus so viel Zustimmung finden, braucht es eine Kirche, die Orientierung gibt“, sagte Bedford-Strohm beim abschließenden Festgottesdienst mit Lima-Liturgie am Sonntag, 27. August. Eine solche Kirche könne jedoch keine bleiben, in der diejenigen, die sich als Schwestern und Brüder ansprechen, am Tisch des Herrn getrennt bleiben.

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick

Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7
D-34131 Kassel
dieter.lomb@ekkw.de

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß

Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Erhard Dischler, Kapellen, Immermannstr. 12
D-41516 Grevenbroich
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
(interimsweise)
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de



STREIT!
Ökumenische Friedensdekade
12. bis 22. November 2017

Bestellen Sie für 21,80 EUR* das Friedensdekade-Gesamtpaket:
Arbeitsheft, CD, Poster, Postkarten, Aufkleber, Gottesdienstwürfe, Leporello mit Friedensgebeten, Aktionsmaterial *zzgl. Versandkosten



Ökumenische Friedensdekade e.V.
Beller Weg 6
56290 Buch / Hunsrück
material@friedensdekade.de

www.friedensdekade.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08